



Fuldaer Erklärung

1. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Hessen (MIT) als größter politischer Interessenvertreter des hessischen Mittelstandes sieht die bundespolitischen Entwicklungen im Bereich des Wirtschafts- und Arbeitsmarktrechts, vor allem durch die SPD-geführten Ministerien, als Schritt in die falsche Richtung.
Insbesondere die Häufung von Bürokratisierungs- und anderen Bevormundungsmaßnahmen zu Lasten des Mittelstandes, so zum Beispiel die Dokumentationspflichten, die Arbeitsstättenverordnung und anderes mehr, müssen als Angriff auf den Mittelstand angesehen werden.
Sie sind leistungsfeindlich, greifen in das Eigentum ein und bedrohen die Zukunft des Mittelstandes, insbesondere der kleineren mittelständischen Betriebe.
Die MIT Hessen fordert die SPD-geführten Bundesministerien auf, ihre mittelstandsfeindliche Politik zu beenden.
2. Die MIT Hessen fordert die CDU Deutschlands und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, eine mittelstandsfreundliche Politik umzusetzen.
Dabei muss die Bedeutung des Mittelstandes für Wirtschaft und Gesellschaft stärker Beachtung finden.
Die unternehmerische Freiheit darf nicht weiter angetastet, bisherige Einschränkungen müssen zurückgenommen werden.
Auf eine bessere Praxis-tauglichkeit der gesetzlichen Regelungen ist zu achten.
3. Die MIT Hessen begrüßt die mittelstandsfreundliche Ausrichtung der hessischen Landespolitik und fordert die CDU Hessen und die CDU-Landtagsfraktion in Wiesbaden auf, diesen Weg konsequent weiterzuführen.

Verabschiedet auf dem Landesmittelstandstag in Fulda am 18. Juli 2015